

# Zurück zum „Rat“ – warum wir flüchtlingssolidarische Arbeit neu denken müssen

Vorstand

*Überlegungen zur künftigen Ausrichtung  
des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein*

*Die Dimensionen des Themas sprechen eine eindeutige Sprache. Während im Gründungsjahr des Flüchtlingsrates im Jahr 1991 ungefähr 40 Millionen Personen weltweit auf der Flucht waren, so hat sich diese Zahl knapp 30 Jahre später fast verdoppelt. Überlebensnöte – unter anderem regionale Machtkämpfe in Folge des Zusammenbruchs der bipolaren Weltordnung in Afrika und Europa in den 1990er Jahren, bis heute lodernde Konflikte in Libyen, Syrien, Jemen, Afghanistan oder im Irak sowie globale Ungleichheiten und erste Vorboten der Klimakrise zeichnen für diese Entwicklungen verantwortlich. Gleichzeitig wurden schon mit dem Asylkompromiss Anfang der 1990er Jahre die Zeichen in Deutschland und seither mit einem Stakkato an rechtlichen und politischen Verschärfungen auch europaweit auf Abschottung gesetzt.*

Der noch junge Verein Flüchtlingsrat hat die sich so ergebenden Herausforderungen beherzt angenommen. Und es zeigt sich, dass die Arbeit des Flüchtlingsrates auch künftig wichtig bleibt. Das gilt besonders mit Blick auf sich weiter zuspitzende politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Zeit also, auch die eigene Arbeit kritisch in den Fokus zu rücken und über die Ausrichtung des Vereins nachzudenken, damit sich der Flüchtlingsrat auch in den nächsten 30 Jahren effektiv für die Belange von Geflüchteten einsetzen kann.

## **Rechtsextreme Positionen vergiften den Diskurs**

Mit großer Besorgnis beobachten wir derzeit, dass die offensive und aggressive Vertretung von rechtspopulistischen und rechtsradikalen Positionen im öffentlichen Diskurs wieder mehr Raum einnimmt. In den Entstehungsjahren des Flüchtlingsrates brannten Heime und Häuser in Hoyerswerda, Mölln und Lübeck, knapp dreißig Jahre später erschießt ein rechtsradikaler Terrorist in Hanau neun Menschen, in Halle verhindert nur eine verbarrikadierte Tür ein verheerendes Attentat auf eine Synagoge. Es ist aber nicht nur die

Dimension der Gewalt, die an düstere Tage in den 1990ern erinnert. Wir haben es mit einem öffentlichen Diskurs zu tun, der Rassismus weiterhin normalisiert, Geflüchtete kaum zu Wort kommen lässt, antisemitische Vorurteile bedient und Ressentiments gegen soziale Minderheiten schürt. Die Politik reagiert unter dem Druck von Rechts eher gleichgültig und verweist angesichts offensichtlicher flüchtlingspolitischer Herausforderungen regelmäßig achselzuckend nach Berlin oder noch lieber nach Brüssel.

Deshalb wollen wir eine starke Stimme bleiben: Wir fokussieren uns auf engagierte Interessenvertretung für eine konsequent-humanitäre Flüchtlingspolitik sowie antirassistische Landes- und Bundespolitik. Unser regelmäßiges Bemühen, mit der Politik – ggf. über alle Unterschiede in der Sache hinweg – in einem konstruktiven Dialog zu sein, werden ihre Fortsetzung erfahren – in öffentlichen Veranstaltungen oder politischen Hintergrundgesprächen, in Form von Stellungnahmen und in der Mitarbeit in Gremien wie der Härtefallkommission oder gar dem Flughafenabschiebungsforum oder dem Landesbeirat Abschiebungshaft.

Flüchtlingssolidarische und Antirassismusarbeit sind zwei Seiten einer Medaille. Unser hier öffentlichkeitswirksames Eintreten mit starker Stimme ist deshalb ein zentraler Baustein unserer Arbeit in den nächsten Jahren. Die Arbeit in Bündnissen, in enger Abstimmung z. B. mit Mitgliedern, solidarischen Initiativen, den Landesflüchtlingsräten, anderen Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen und weiteren zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner\*innen ist dabei Programm. Lokal, regional, aber auch auf internationaler Ebene.

## Abschottung als neues europäisches Leitbild

Denn die Entscheidungen über die Zuständigkeit für Asylverfahren, die Anerkennung von Geflüchteten oder über die Verteilung innerhalb Europas wird längst nicht mehr ausschließlich auf nationaler Ebene getroffen. Mit der fortschreitenden europäischen Integration wurde auch die Migrationspolitik „europäisiert“ – begonnen mit dem ersten Dubliner Übereinkommen von 1990 über die Vergemeinschaftung des Grenzschutzes durch Frontex über die aktuelle, restriktive Dublin-III-Verordnung bis zur gemeinschaftlichen Militarisierung des Grenzschutzes zu Wasser, zu Lande und in der Luft und seinen bisweilen völkerrechtswidrigen Praktiken. Eine leider konsequente Entwicklung in einem Europa, in dem rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in mehreren Regierungen vertreten sind.

Damit wir uns nachhaltig für eine humanitäre Politik einsetzen können, wird eine internationale Vernetzung immer wichtiger werden – auch, weil die nationalen Parlamente immer mehr migrationspolitische Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern.

## Die Projektlandschaft verändert sich

Damit hat sich gleichzeitig auch der Fokus der Projektlandschaft in unserem Arbeitsbereich verlagert. Projekte der klassischen Flüchtlings-solidaritätsarbeit mit Bleiberechtsfokus werden immer weniger gefördert, dafür haben gerade arbeitsmarktbezogene Projekte einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Das ist einerseits lobenswert, weil im Bereich der Arbeitsmarktintegration – Stichworte Zugänge, Arbeitsausbeutung oder Anerkennung von Berufsabschlüssen – noch viel Nachholbedarf besteht, es erschwert andererseits aber beispielsweise die Rechtsberatungen von Geflüchteten.

Deshalb müssen wir sowohl die Konsolidierung von Rechtsberatungsangeboten vorantreiben wie in neuen Projektstellungen denken. Das gilt z.B. für die Unterstützung Illegalisierter und für Empowerment und Vernetzung von migrantischen Communities, die auch in der flüchtlingssolidarischen Bewegung noch viel stärker gehört werden müssen.

## Flüchtlingssolidarität wird digital

Die Akteur\*innen bewegen sich seit einigen Jahren in neuen Arenen. Der wohl

Diese Hybridstruktur beim Flüchtlingsrat zu etablieren ist ebenso anspruchsvoll wie unerlässlich – das hat spätestens die Corona-Pandemie deutlich gezeigt.

## Warum der Flüchtlingsrat zukunftsfähig ist

Dies ist nur ein kurzer Abriss über die komplexen Gemengelage, in denen der Flüchtlingsrat 30 Jahre nach seiner Gründung agieren muss. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden – begonnen bei der Intensivierung von Antirassismusbearbeitung über Empowerment bis hin zur Digitalisierung – müssen wir den Flüchtlingsrat in Zukunft wieder stärker in seinem engen Wortsinn begreifen.

Als „Rat“ im Wortsinne, also als Ort für gemeinsame Überlegungen, für die Verbindung von Perspektiven und Sichtachsen und für neue Bündnisse. Mit Bündnispartner\*innen auf regionaler Ebene, aber auch deutschlandweit.

Die Grundlagen sind vorhanden, im Hauptamt wie im Ehrenamt in Schleswig-Holstein. Mit einem heterogenen Team von über 20 engagierten Mitarbeiter\*innen verfügen wir über große Expertise, mit unserer Vernetzung auf Landes- und Bundesebene sind wir in der Lage, wirksam auf die Politik einzuwirken und unser ehrenamtliches Umfeld bildet

das Rückgrat der flüchtlingssolidarischen Arbeit in Schleswig-Holstein.

Um den Flüchtlingsrat an diese neuen Herausforderungen anzupassen, setzen wir uns verstärkt dafür ein, diese Kompetenzstrukturen des Flüchtlingsrats wieder stärker zu verzahnen um neue Lösungen auf neue Herausforderungen zu finden – damit wir auch in den nächsten 30 Jahren eine starke Stimme für Geflüchtete sein können.

Rechtsanwalt Michael Wulf, Unruhesthändler Heino Schomaker und der Politologe Lukas Schmitt leben sämtlich in Kiel und bilden den amtierenden Vorstand des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

SINCE  1991  
 #LEAVE  
 NO ONE  
 BEHIND  
 30 Jahre Flüchtlingsrat  
 Schleswig-Holstein e.V. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

wichtigste Schauplatz, im Positiven wie im Negativen, ist die digitale Sphäre. In Zeiten, in denen virale Tweets in 240 Zeichen für mehr Aufmerksamkeit sorgen können als Demonstrationen auf der Straße ist digitale Präsenz unerlässlich – hier entsprechende Strukturen zu etablieren wird eine der zentralen Herausforderungen für die flüchtlingssolidarische Öffentlichkeitsarbeit in den 2020er Jahren. Gleiches gilt für den Zuschnitt unserer Projekte, in denen ein besonderer Spagat zu meistern ist. So sind auch unter den Geflüchteten die jüngeren „digital natives“ und brauchen dementsprechend digitale Angebote, auch ältere Generationen brauchen digitale Unterstützungen aber weiterhin analoge und persönliche Angebote.